Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,550.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 26. **Freitag** den 26. Januar 1883. **77. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Vom **Sonntag, den 28. dieses Monats,** ab beginnt der **sonntägliche Hauptgottesdienst** in der hiesigen **Thomas-** und **Nicolaikirche** — ebenso wie bisher schon in den anderen hiesigen Kirchen — **Vormittags 9 Uhr** und die demselben vorangehende **Beichte um 8½ Uhr;** wogegen die **bisherige Schlußzeit des Gottesdienstes — 10½ Uhr Vormittags — unverändert bleibt.**

In Gemäßheit von §. 12 der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes, die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier betreffend, vom 10. September 1870, bringen wir Dies unter Einverleibung mit der kirchlichen Behörde hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 25. Januar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Baerwitz.

Gewölbe-Vermiethung.

In der **Verkaufshalle, Petersteinweg Nr. 11** (Grüne Linde), soll die z. Z. an Herrn Grünbaum vermiethete **2.** (vom Königsplatz aus gerechnet) **Abtheilung** nebst dazu gehöriger **Niederlage im Hofe** vom **1. Juli d. J.** an auf **drei Jahre**

Donnerstag, den 1. Februar d. J., Vormittags 11 Uhr,

im **Saale** der **Alten Waage,** Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, **an den Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen nebst Inventarium der zu vermiethenden Localitäten liegen auf dem Rathhaussaal, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 20. Januar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Gerutti.

Bekanntmachung.

Die **Trottoir-** und Pflasterarbeiten am alten Theater sind **vergeben und werden die unberücksichtigt gebliebenen Bewerber** hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, am 20. Januar 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Eichorius.

Holzauction.

Montag, den 5. Februar dieses Jahres, sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem Mittelwaldschlage in Abtheilung 8b **des Burgauer Forstreviers,** in der Nähe des Fürsthauses und der Fluthrinne, an der sogenannten alten Linie

6 Rmtr. Eichen-**Nutzscheit,**
96 Rmtr. Eichen-, 67 Rmtr. Buchen-, 3 Rmtr. Ahorn-, 57 Rmtr. Rüstern-, 31 Rmtr. Linden-, 6 Rmtr. Eichen- und 1 Rmtr. Aspen-**Brennscheite,** sowie
16 Rmtr. Eichen-**Rollen**

unter den öffentlich im Termine aufgehangenen Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 23. Januar 1883.

Des Raths Forst-Deputation.

Bekanntmachung.

Das für die ledige Auguste Agnes Preißler aus Neureudnitz unterm 28. Juni 1879 von der unterzeichneten Behörde ausgestellte Dienstbuch ist abhanden gekommen.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle allhier abzuliefern.

Leipzig, am 22. Januar 1883.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Dretschneider. Rdr. Hadlich.

Bekanntmachung.

Die unterzeichnete Gemeindevertretung beabsichtigt ihre **anzukäuflich** gewordenen **Expeditionsräume zu verlegen** und zu diesem Zwecke ein **Privathaus** bez. **die nöthigen Räume** in einem solchen **zu ermiethen.**

Hauptbedingungen sind: möglichst günstige Lage im unteren Theile von Reudnitz und große zweckentsprechende Locale.

Geehrte Grundstücksbesitzer werden ersucht, versiegelte Offerten mit der Aufschrift: „Expeditionsräume" baldigst, aber spätestens **bis zum 29. Januar l. J.**

an unterzeichneter Stelle einzureichen.

Reudnitz, 25. Januar 1883.

Der Gemeinderath.
Hezer.

Jagd-Verpachtung.

Die Jagdnutzung der Gemeinde Seelhausen, 1 Stunde vom Bahnhofe Delitzsch gelegen, Anstand auf Rehwild, soll **Mittwoch, den 31. Januar cr.,**
Nachmittags ½3 Uhr
im hiesigen Gasthause auf 6 Jahre verpachtet werden.

Seelhausen, den 23. Januar 1883.

Der Gemeinde-Vorstand.

Nichtamtlicher Theil.

Ministerkrisis in Frankreich.

Das Manifest des Prinzen Napoleon wird allgemein als eine lächerliche Sache angesehen und doch ist es in seinen Folgen so ernst, daß Frankreich dadurch vor eine Krisis gestellt ist. Die Verhaftung des Prinzen war ein Act der Entschlossenheit des Ministeriums, aber den Mitgliedern desselben wohnt nicht die Charakterfestigkeit bei, um die Consequenzen der Verhaftung zu ziehen. Jetzt zurückzutreten und die Entwirrung der geschaffenen Verlegenheit anderen Händen zu überlassen, stimmt nicht mit der ursprünglich gezeigten Energie überein. Vielleicht hatte Prinz Jerome selbst das Richtige gefunden, als er sich wunderte, daß man ihn nicht nach seiner Verhaftung auf den Bahnhof brachte. Der verhaftete Prinz ist weit gefährlicher und unbequemer für die französische Regierung, als der Verbreiter des Manifestes, den man einfach ignorirt oder über die Grenze geschafft hätte. Für die Bonapartisten ist der in der Conciergerie gefangen gehaltene Prinz ein Agitationsmittel, den welchem sie den ausgiebigsten Gebrauch machen. Etwa 90 Abgeordnete scheinen sich das Wort gegeben zu haben, diese Situation so lange für ihre Zwecke auszubeuten, bis irgend eine Katastrophe eintritt. Der Justizminister Devès verkündete am 16. Januar mit stolzer Genugthuung, daß der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter ihres Amtes gewaltet hätten, er überließ die juristische Verantwortung für die Verhaftung des Prinzen diesen und übernahm seinerseits nur die politische. Das war allerdings correct, aber nun hätte auch der Fortgang dem Anfang des Dramas entsprechen müssen. Der Prinz mußte wie jeder andere Bürger, der sich gegen das Gesetz vergangen hat, vor den ordentlichen Richter gestellt werden. Da kam aber die Rücksicht auf die große Anzahl Wähler, welche hinter den 90 Abgeordneten stehen, die seit acht Tagen in der krümmsten Weise für den Prinzen Partei ergreifen. Das richterliche Verfahren wurde in Folge dessen durch Verbreitung des Gerüchtes gehört und thatsächlich außer Kraft gesetzt, daß der Senat sich als höchster Gerichtshof constituiren werde, um über den Prinzen Napoleon zu Gericht zu sitzen. Warum dieser Aufwand an Formalitäten? Nach Errichtung der Republik kann der Prinz die Vorrechte, welche ihm als Verwandten des Kaisers zu Gebote standen, nicht für sich geltend machen, heute ist er ein einfacher Staatsbürger, wie jeder andere Franzose.

Inzwischen sind noch andere Verlegenheiten für das Ministerium entstanden, die aber ihre Quelle sämmtlich in der Verhaftung des Prinzen und den daraus entstandenen Ereignissen haben. Man erwartete am 22. Januar, als dem Jahrestage der Hinrichtung Ludwig's XVI., eine Kundgebung der Legitimisten, Graf Chambord sollte ebenfalls ein Manifest erlassen und darauf sollten die Legionäre des Generals Charette Heinrich V. zum König ausrufen, vorausgesetzt, daß die Regierung schwach genug wäre, nichts dagegen zu unternehmen. Noch ein drittes Complot war vorbereitet, aber die Unternehmer waren so klug, sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bewegen. Der Herzog v. Aumale war unter Zustimmung des Grafen von Paris zum Nachfolger Grevy's auf den Präsidentenstuhl der Republik auserkoren und um dieses Ziel zu erreichen, versammelte der Herzog auf seinem Schlosse Chantilly seine Getreuen um sich. Der Hervorragendste unter den ihm befreundeten und seiner Sache ergebenen Generalen war derselbe Galliffet, der schon unter Napoleon III. eine Rolle gespielt hatte und auch das Vertrauen Gambetta's zu gewinnen wußte. Außerdem hatten in Chantilly am Tage nach dem Begräbniß des Generals Chanzy die 18 Corpsgenerale zusammen, welche seiner Bestattung beigewohnt hatten. Das sieht freilich nicht wie eine rein kameradschaftliche Zusammenkunft aus, zumal auch die Prinzen aus dem Hause Orleans sich dort eingefunden hatten. Der Chefredacteur des „Rappel", Lecrey, hatte davon Wind bekommen und wollte deshalb in der Kammer Enthüllungen über das orleanistische Complot machen. Der Kriegsminister bewog ihn zu schweigen, bis das Ministerium den vorbereiteten Gesetzentwurf gegen die Prätendenten der Kammer vorgelegt hatte. Das ist inzwischen geschehen, aber das Mißtrauen und die Verwirrung sind seitdem so gestiegen, daß der Floquet'sche Antrag auf Verbannung der Mitglieder ehemaliger französischer Herrscherfamilien nicht nur aus Frankreich, sondern auch aus Algerien und den Colonien, der noch vor Kurzem allgemein als Ueberstürzung und als unannehmbar angesehen wurde, heute große Chancen hat, durchzubringen.

Daß dem Ministerium unter solchen Umständen nicht gerade behaglich zu Muthe sein wird, läßt sich vermuthen und daß die Zwietracht, welche stets der Auflösung vorauszugehen pflegt, unter seinen Mitgliedern um sich greift, ist leider Thatsache. Nun, wenn das Ministerium Duclerc zurücktritt, so wird man ihm wenigstens den Ruhm lassen müssen, daß es sich mit Anstand in die Lage hineingefunden hat, welche ihm durch seine Vorgänger bereitet war. Daß es sich den heutigen großen Schwierigkeiten nicht gewachsen zeigt, wird ihm Niemand zum Vorwurf machen, nachdem selbst das Ministerium Gambetta sich nur zwei Monate zu halten vermocht hat.

Die gegenwärtige Ministerkrisis ist darum so bedenklich, weil sie leicht auch den Präsidenten der Republik in den Sturz der Regierung verwickeln kann. Die Börse hat zu den bestehenden Verhältnissen kein Vertrauen, das hat der ungeheure Rückgang der Rente bewiesen. Man sagt, daß Rothschild und der Chef der Bank von Frankreich für den Herzog von Aumale gewonnen seien — das will viel sagen, denn um eine Umwälzung im heutigen Frankreich zu Stande zu bringen, dazu gehört vor allen Dingen Geld. Dem Ministerium Duclerc schadet nichts so sehr, als die Panik der Börse; hätte diese Institution ihr Gleichgewicht bewahrt, dann hätten die verschiedenen Vertreter der Monarchie noch ein halbes Dutzend Manifeste veröffentlichen können, aber da die Börse Furcht vor den kommenden Ereignissen zeigt, so verliert auch das Ministerium das Selbstvertrauen und dadurch wird das Chaos angekündigt. Die Ankunft der Kaiserin Eugenie in Paris ist ein Symptom, dessen Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Sie hat in Frankreich offenbar ihre Vertrauten, welche sie über die dort herrschende Stimmung genau unterrichtet haben. Die Verhaftung des Prinzen Napoleon und das dadurch nothwendig gewordene Verfahren gegen ihren Verwandten hat ihr die Ueberzeugung verschafft, daß jetzt oder nie der Moment gekommen sei, um die im Jahre 1870 verlorene Stellung wieder zu gewinnen. Den Kampf gegen die Republik des Herrn Gambetta aufzunehmen, hätte sie vielleicht gezögert, nachdem dieser wüthendste Gegner des Kaiserreichs gestorben ist, scheint auch sie den Moment zur Wiederherstellung des Kaiserreichs für gekommen zu halten. Wäre ihr Sohn am Leben geblieben, so hätte sich wohl schon früher der Anlaß für einen Versuch dargeboten. Die Kaiserin Eugenie hat auch nach den schweren Erfahrungen, die sie seit zwölf Jahren gemacht hat, dem Anschein nach ihre Hoffnungen noch nicht zu Grabe getragen, aber zwei Hauptanhänger der Sache der Napoleoniden, Rouher und Cassagnac, haben kein Vertrauen zu dem Prinzen Napoleon.

Die Geschicke Frankreichs müssen sich in den nächsten Tagen entscheiden. Wenn Washington's Mahnruf an die Republikaner nicht ungehört verhallt, wenn sie sich ermannen und nicht eingebildeten Gefahren weichen, wenn sie festhalten an ihren so oft bekannten Grundsätzen, dann wird der ganze Manifestspuk sich so wie er gekommen verflüchtigen, wenn sie aber wanken und Unsicherheit zeigen, dann erhebt die Republik in ihren Grundvesten und kann heute oder morgen die Beute eines Abenteurers werden.

Leipzig, 26. Januar 1883.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beginnt bezüglich der kirchenpolitischen Situation eine Andeutung, welche darauf schließen läßt, daß die Verhandlungen mit der Curie noch nicht abgebrochen sind; es wird danach eine Antwort der Curie auf das letzte kaiserliche Schreiben erwartet und die neueste parlamentarische Angriffsaction des Centrums, welche sich in einer Reihe von Anträgen und Interpellationen kundgab, wird auf die Politik jener Partei zurückführen, immer dann Versöhne zu machen, wenn die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche erfolgversprechend seien, in der Absicht, einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen um jeden Preis zu verhindern. Man wird diesen freilich noch sehr dürftigen und dunklen Beitrag zur Kenntniß der augenblicklichen kirchenpolitischen Sachlage mit Interesse vernehmen. Es wird wieder einmal das streitlustige Centrum zu der friedliebenderen Curie in einen Gegensatz gebracht; als den Führer bei einer Politik, die zu anderen als kirchlichen Zwecken des Streits zwischen Kirche und Staat bedarf und darum jeder Verständigung Schwierigkeiten und Hindernisse bereitet, hat der Reichskanzler selbst und die officiöse Presse oft genug Herrn Windthorst bezeichnet. Ob die Annahme von gegenwärtigen Bestrebungen bei der Curie und der Centrumspartei richtig ist, müssen wir dahingestellt sein lassen. Unsicherheit und Schwanken in der taktischen und politischen Haltung der letzteren ist jedenfalls schon lange zu bemerken.

* Fürst Bismarck ist in den letzten Tagen durch die auswärtigen Angelegenheiten derart in Anspruch genommen, daß er außer Stande ist, den parlamentarischen Vorgängen die gewünschte Aufmerksamkeit zu widmen. Sehr unangenehm wird er durch die Krankheit des Herrn Burchard betroffen, doch denkt er nicht daran, dem Staatssecretair, dessen Leistungen sich durchaus seines Beifalls erfreuen, gegen dessen Willen einen Nachfolger zu geben. Wir wiederholen, daß alle derartigen Nachrichten nichts weiter als aus der Luft gegriffene Combinationen sind.

* Das neueste „Militairwochenblatt" enthält einen interessanten „Etappenstraße von England nach Indien" betitelten Artikel, dessen Schlußbetrachtungen folgendermaßen lauten: „Nicht die Verhältnisse in Europa, sondern Europa selbst sieht für den Augenblick danach aus, daß im Orient Fragen entstehen, welche nicht durch das droit international, sondern durch das Schwert entschieden werden, und weil Ereignisse von welthistorischer Bedeutung über Nacht eintreten können, welche tief in das Schicksal der beiden engverbundenen mitteleuropäischen Kaiserreiche eingreifen werden, weil Wetterlooſe gezogen werden, Deutschland vielleicht noch einmal um sein Dasein kämpfen muß, während die definitive Lösung der orientalischen Frage schwerlich ohne Kampf erfolgen dürfte, müssen bis nach Ueberwindung der Krisen die Spannungen und Rüstungen fortdauern, und man würde, wenn man in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn dem Militairetat gegenüber das Sparsystem zur entscheidenden Potenz erheben wollte, kaum constitutionell berechtigt, gewiß aber nicht patriotisch und politisch klug handeln, man würde vielmehr einer geradezu fatalen Naivetät in Beurtheilung internationaler Beziehungen huldigen."

* Der Antrag Thilenius auf Berufung einer Reichscommission von Sachverständigen zur Untersuchung der Stromverhältnisse des Rheins und seiner Nebenflüsse ist jetzt im Reichstag eingegangen. Er trägt die Unterschriften von Abgeordneten sämmtlicher Parteien von den Deutschconservativen bis zu den Socialdemokraten. Nur allein das Centrum hat sich ausgeschlossen, natürlich lediglich aus Competenzbedenken, obschon die Reichsverfassung dem Reiche ganz ausdrücklich ein Oberaufsichtsrecht über die Ströme zuerkennt. Wirksame Verbauungsmaßregeln gegen fernere Ueberschwemmungen sollen also nach ultramontaner Meinung unmöglich gemacht werden, blos aus Angst, die Reichsgewalt könnte vielleicht auf diesem doch gewiß unpolitischen Gebiet einen Uebergriff in die Sphäre der Particularhoheit begehen. Ob man in den überschwemmten Rheinlanden wohl mit dieser Vertretung einverstanden ist?

* Die „Kölnische Zeitung" reproducirt in ihrer Nummer vom 20. d. M. Stellen aus einem angeblich in den „Grenzboten" erschienenen Artikel, betreffend die Verhandlungen des Reichskanzlers mit Herrn v. Bennigsen im Jahre 1877. In dem Artikel, dessen Angaben, wie das rheinische Blatt hervorhebt, richtig zu sein scheinen, heißt es: der Reichskanzler habe Ende December 1877 Herrn v. Bennigsen das Ministerium des Innern angeboten, das heißt, er habe sich erboten, Sr. Majestät dem Könige die Berufung des Herrn v. Bennigsen vorzuschlagen. Letzterer habe, wie man wisse, die Entscheidung von einer Rücksprache mit seinen Parteigenossen abhängig gemacht, und seitens dieser seien ihm drei Bedingungen auferlegt worden, die er dem Kanzler zu stellen gehabt habe, nämlich: 1) bei dem Plane, die Reichseinnahmen zu erhöhen, dürfe nicht vom Tabakmonopol die Rede sein; 2) neben Herrn v. Bennigsen müßten noch einige andere angesehene Nationalliberale in die Regierung treten; 3) bei der Vermehrung der Reichseinnahmen müßten constitutionelle Garantien gegeben werden, d. h. der Reichstag sowohl wie der preußische Landtag müßten ein erweitertes Recht zur Streichung von Einnahmen erhalten. Wenn die Zeitungen damals recht berichtet hätten, so habe Fürst Bismarck auf diese Forderungen erwidert, auf dem Tabakmonopol bestehe er nicht, wenn man andere zum Ziele führende Vorschläge zu machen wisse; die beiden anderen Puncte habe er zunächst ausweichend behandelt. Hierzu bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.": „Wir können dem gegenüber nur von Neuem wieder hervorheben, daß bei den erwähnten Verhandlungen nur die zweite der genannten Bedingungen zur Sprache gekommen ist; die beiden anderen sind niemals in Frage gewesen. Daß die Bedingung des Tabakmonopols rein auf Erfindung beruht, ergiebt sich schon daraus, daß von dem Monopol zuerst im Februar 1878, also nach Abbruch der Verhandlungen mit Herrn v. Bennigsen, die Rede gewesen ist."

* Nachdem die massenhaften Petitionen gegen die Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher eingelaufen sind und sich auch Herr Stöcker in seinem christlich-socialen Verein davon überzeugt hat, wie außerordentlich mißliebig der Antrag Ackermann in allen Arbeiterkreisen aufgenommen wird, hatten die Conservativen im Verein mit dem Centrum in der That beschlossen, den Antrag in der Commission fallen zu lassen, um die ihnen immer fataler werdende Discussion desselben im Plenum zu vermeiden. Noch zu rechter Zeit waren die liberalen Mitglieder der Commission von dieser Absicht in Kenntniß gesetzt worden und wußten dadurch, daß zwei von ihnen der Schlußabstimmung in der Commission fern blieben, den geplanten Coup zu vereiteln. Der § 107 der Novelle zur Gewerbeordnung, welcher bestimmt, daß als gewerbliche Arbeiter, soweit reichsgesetzlich nicht ein Anderes angeordnet ist, nur solche Personen beschäftigt werden dürfen, die mit einem Arbeitsbuche versehen sind, wurde mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende, Abg. Freytag (Centrum), erklärte, daß er seinem in erster Lesung erklärten Vorschlag gemäß gegen die Arbeitsbücher stimmen würde, da er sich inzwischen überzeugt habe, daß die Einführung der Arbeitsbücher nicht zuträglich sei. Der Bundescommissar Geh. Rath Bürger wies darauf hin, daß der Bundesrath bisher die Arbeitsbücher abgelehnt und einen entgegengesetzten Beschluß jenerseits nicht gefaßt habe; eine bindende Erklärung über fernere Entschließungen des Bundesraths übernahm der Commissar jedoch aus Mangel an Information und Instruction nicht. Für den Antrag stimmten die Conservativen, die Reichspartei und das Centrum. Dagegen 8 Liberale und Abg. Freytag. Somit dürfen wir im Plenum einer eingehenden Erörterung der Frage entgegensehen, worauf dann schließlich ein um so imposanteres Begräbniß des Antrages Ackermann erfolgen wird. Die „Kreuzzeitung" verbirgt ihren Aerger allerdings hinter der Phrase, daß die Frage der Arbeitsbücher in der „öffentlichen Meinung" noch nicht zur Reife gediehen ist; angeblich würde die Plenarverhandlung dazu beitragen, diese Reife zu fördern. Wir glauben nicht daran. Der im §. 148 unter Nr. 76 in erster Lesung angenommene Zusatz, daß in den Fällen des §. 60c die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, wurde in der Commission wieder mit 10 gegen 9 Stimmen gestrichen. Es bedeutet diese Streichung, daß Hausirer nicht in fremde Wohnungen ohne Erlaubniß eintreten können.

* Daß der Abgeordnete Dr. Hänel sein Mandat als stellvertretender Vorsitzender der Commission für die Berathung der Verwaltungsgesetzentwürfe niedergelegt hat, wird jetzt auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" einer Kritik unterzogen. Unsere officiöse Collegin läßt sich aber durch den Haß gegen den Liberalismus wieder einmal dazu verleiten, der Logik ins Gesicht zu schlagen. Herr Hänel forderte bekanntlich, daß auf die Sitzungen des Reichstags einige Rücksicht genommen werde, und erklärte sich bereit, vor und nach den Plenarsitzungen des Reichstages an den Commissionsberathungen Theil zu nehmen. Diese Rücksicht auf das große Ganze bezeichnet die „Norddeutsche" als Particularismus. Bei solcher Auffassung hört in der That jede Möglichkeit zu disputiren auf.

* Die VIII. Commission des Reichstags hat am Mittwoch die §§. 48—52 des Krankenversicherungsgesetzes erledigt. §. 48 wurde in der vom Abg. Münch vorgeschlagenen Fassung, §. 49 mit einem vom Abg. Eberty, §. 50 mit einem vom Abg. Gutfleisch beantragten Zusatz angenommen. Bei dem §. 51 wurden mehrere Zusätze beschlossen, welche von den Abgg. Lasker und Gutfleisch beantragt worden waren. Die Berathung über §. 52 wurde begonnen, aber vor der Abstimmung abgebrochen.

* Mit Bezug auf die Aufhebung der Gehaltssperre im preußischen Antheil der Diöcese Olmütz schreibt die „Germ.": „Von Seiten des Cardinal-Fürsterzbischofs von Olmütz wird mit dem h. Stuhle die Erledigung einer Frage verhandelt, über welche seit dem Anfange dieses Jahrhunderts zwischen dem erzbischöflichen Stuhle und der preußischen Regierung eine Einigung nicht erzielt worden ist. Es ist die Frage wegen der vier im preußischen Antheile der Olmützer Erzdiöcese belegenen Pfarreien, über die sich seit der Aufhebung des Deutschmeisterthums sowohl die kirchliche als die weltliche Behörde das Besetzungsrecht vindiciren. Sollte diese Angelegenheit in einer beide Theile befriedigenden Weise zum Abschluß gebracht werden können, dann würden drei derselben, welche zur Zeit erledigt sind, wohl besetzt werden. Die Aufhebung des Sperrgesetzes an sich ist für jenen Theil nur von geringer Bedeutung — es handelt sich, wenn wir nicht, nur um zwei Geistliche, denen ihr Gehalt vorbehalten worden war."

* Telegraphisch ist gemeldet worden, daß der hannoversche Provinziallandtag an Stelle des verstorbenen Schatzraths Huyendex den Landgerichtsrath von Werlefe zum Mitglied des Landesdirectoriums gewählt hat. Der officiöse Telegraph hat jedoch unterlassen, hinzuzufügen, daß der Gewählte der Candidat der welfischen Partei war. Allerdings ist er im zweiten Wahlgang bei Stimmengleichheit nur dadurch durchgedrungen, daß in diesem Falle nach dem betreffenden Reglement das älteste Mitglied den Ausschlag zu geben hat; das war der welfische Graf Bernstorff. Aber der Contrast, daß bei der Begründung des Landesdirectoriums im Jahre 1868 die Welfen keinen ihrer Candidaten in Vorschlag bringen konnten und daß sie 1883 so viel stärker erscheinen, um bei Stimmengleichheit durch den Zufall zu siegen, ist doch sehr bemerkenswerth. Dieses Ergebniß wurde dadurch erzielt, daß im zweiten Wahlgang ein Theil der Bauern auf Grund der agrarischen Ideen-Gemeinschaft mit den welfischen Rittern zu diesen überging. Auch hier bekundet sich eine bedenkliche politische Folge der Regierungspolitik, welche verhängnißvolle Interessen-Gegensätze verstärkt und neue hervorgerufen hat.

* * *

* Aus Wien meldet die „Politische Correspondenz" vom Mittwoch: „Der Empfang des russischen Ministers des Aeußern, v. Giers, durch den Kaiser ist für Donnerstag anberaumt. Heute Nachmittag besuchte v. Giers den Minister des Aeußern, Grafen von Kalnoky, und empfing dessen Gegenbesuch. Bei dem russischen Botschafter, Fürsten Lobanow, findet heute zu Ehren des Herrn v. Giers ein Diner statt, zu welchem Baron Kallay, Graf Hoyos-Sprinzenstein, Fürst Reuß jüng., Graf v. d. Osten-Sacken und das Personal der hiesigen russischen Botschaft Einladung erhalten haben. Herr v. Giers beabsichtigt, sich drei Tage in Wien aufzuhalten und über Warschau nach Petersburg zurückzukehren". — Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erledigte die Budgetcapitel „Staatsbahnbetrieb" und „Staatsbahnbau" und genehmigte die Ziffern der Vorlage fast durchweg. Auf Anfrage Dumba's erklärte Handelsminister Baron Pino, nach dem jetzigen Vorschreiten des Baues der Arlbergbahn könne dem Durchbruche des Tunnels bis Ende dieses Jahres, die Eröffnung der Bahn bis October 1884 mit Wahrscheinlichkeit entgegengesehen werden. — Die Conferenz der österreichischen Eisenbahnen beschloß, die Zuschrift der